

Ist das Verfallsdatum des Kapitalismus abgelaufen?

Modern Monetary Theory (MMT) – eine wiederentdeckte Geldtheorie bewegt ... eine kleine Gemeinde – Replik auf: hlz 1-2/2021, S. 58 ff

Die Krisenfolgen, die der Kapitalismus periodisch hervorbringt – auch die der Weltfinanzkrise 2007 ff. und aktuell jene im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie –, haben eine Debatte über „Postwachstum“ d. h. „Postkapitalismus“ ausgelöst. Von einem „Rückzug des Kapitalismus“ spricht der US-amerikanische Ökonom und Publizist Jeremy Rifkin in seinem 2014 erschienenen Buch: „Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft“. Darin beschreibt er den „Kapitalismus [lediglich] als Organisationsmechanismus für Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen“. Kaum Berücksichtigung findet der Umstand, dass es um die Einkommensquelle Lohnarbeit nicht so rosig bestellt ist. Mal liegt sie brach, dann wird sie wieder in den Produktionsprozess eingesogen; durch Entwertung von Fertigkeiten, z.B. durch neue Techniken und vermehrten Maschineneinsatz, wird sie verbilligt oder wieder freigesetzt. Als Folge werden weniger Arbeitskräfte benötigt, was den Preis derselben, also die Löhne, verringern kann.

Der Brite Philip Parker Mason veröffentlichte die „Grundrisse einer kommenden Ökonomie“. Darin kennzeichnet er den Kapitalismus als das „umfassende System, das dafür sorgt, dass eine entwickelte Gesellschaft mit Märkten und Privateigentum funktionieren kann“. Er bezieht zwar marxistische Elemente in seine Überlegungen mit ein, doch mit seinem Rekurs auf alte Zeiten fällt er wieder auf die bor-

nierte Wirklichkeit zurück, wenn er auf „Profit [als] das Ergebnis unternehmerischer Tätigkeit“ setzt und selbige „durch wirtschaftliche Renten [für] unzulässig erklärt“. Einige Jahre zuvor hatten Michael Hardt/Antonio Negri in ihrem Werk „Empire: Die neue Weltordnung“ schon über das „Ende des Eigentums“ fabuliert wie auch Robert Kurz, der bereits 1999 über den „Tod des Kapitalismus“ (Schwarz-

Stocken geratenen Wachstum wächst die Armut sprunghaft und bezieht alle unproduktiven Bereiche wie Bildung, Kultur etc. in die Krise mit ein.

Ein Gespenst geht um ... eine neue Geldtheorie

Zu einer Wiederbelebung der seit den 1990er Jahren schlummernden Modern Monetary Theory (MMT) kam es nun im Zusammenhang mit der jüngsten



Foto: WDR

Unausweichlich?

buch des Kapitalismus) spekulierte. Gemeinsam gehen sie davon aus, dass diese Art des Wirtschaftens sich im „Nieder-gang“ befindet. Ein Fehlurteil wie der Zeitverlauf bestätigt! Trotz Dauerkrise lässt das Ende auf sich warten. Nach der Krise folgt der Aufschwung und in dieser Abfolge geht es periodisch so weiter. Und dies, obwohl die Beschäftigten die existenziellen Folgen durch massenhafte Jobverluste und Einbußen durch das Kurzarbeitergeld, was die Ernährung einer Familie zum Dauerproblem macht, unmittelbar erfahren haben. Mit dem ins

US-Präsidentschaftswahl. Diese 'neue' Geldtheorie ist aus der Volkswirtschaftslehre (VWL) hervorgegangen. Aussagen darüber, was Geld überhaupt ist, was der Preis oder was der Lohn ist – Erklärungen dieser Phänomene sucht man vergebens. In der Haushaltstheorie der VWL geht es z. B. um den Umgang der Menschen mit den gegebenen ökonomischen Gegenständen, die in dieser Gesellschaft unumgänglich sind. Sie spricht von „knappen Gütern“ und der Mensch soll ein 'Nimmersatt' mit endlosen Bedürfnissen sein.

Die MMT findet im Netz unter

MAKROSKOP ihre Anhänger-schaft. In der letzten hlz wird die Debatte um die Krisenbewältigung als „Silberstreif“ am ‚Theorienhimmel‘ gewürdigt. Sie beanspruche ein hehres Ziel: „den [den] Marktwirtschaften innewohnenden Krisenmechanismus eliminieren“ (61) zu können. Dazu orientiert sie sich an „Vollbeschäftigung, [die] ..., Arbeitslosigkeit, Rezessionen, Ungleichheiten und andere soziale Missstände bekämpfen [soll].“ (Wikipedia).

Die Regierung solle, so die Forderungen, als „Emittentin der Währung“ für eine „universelle öffentliche Daseinsvorsorge“, für „erneuerbare Energien“ und „öffentliche Jobgarantie“ mit einem „existenzsichernden 30-Stunden-Lohn“ sorgen. Sie tut es einfach nicht!

Ökonomische Dominanz und jede Menge Gewalt

Wenn überhaupt, kann es sich dabei nur um die wenigen ökonomisch potenten und politisch dadurch mit viel Macht ausgestatteten Staaten handeln. Das ist die Weltmacht USA und die anderen Staaten mit Weltgeld, die diese Rolle den USA gern streitig machen wollen. Die Voraussetzungen dafür sind ihre gigantischen Finanz- und Gewaltmittel. Auch Deutschland als ehemaliger Frontstaat gegen den Systemfeind UdSSR hat sich aufgrund seiner ökonomischen Führungsrolle in der EU vom „politischen Zwerg“ zu einer bestimmenden Kraft entwickelt, die dazu führt, dass Deutschland zunehmend „Verantwortung“ mit diplomatischen und militärischen Mitteln in der Welt übernimmt, um andere Staaten zu dominieren. So soll der Einfluss im Konzert der Weltmächte festigt werden. Doch da es an Gewaltmitteln in der Größenordnung, wie sie die USA besitzt, noch mangelt, ist die Politik weiterhin auf die USA angewiesen.

Wirklichkeit oder Ideal?

Entpuppt sich die MMT also als ein Possenspiel von einigen wenigen Volkswirtschaftlern, die objektiv einem Idealismus frönen und lediglich mit ihren Wunschvorstellungen das Herrschaftsverhältnis von Kapital und Politik nicht korrekt fassen? Zu fragen wäre, ob die herrschende Politik schon eine n MMT-Vertreter_in eingeladen hat und signalisiert: wir greifen auf eure Rezeptur zurück und beschließen als erstes eine Reichensteuer. Nicht „um Staatsausgaben zu finanzieren, sondern um Menschen, die zu viel anhäufen, einfach Geld zu entziehen“? Zudem soll „die Besteuerung auch zur Verringerung [wohlgemerkt: nicht zur Abschaffung!] der Ungleichheit eingesetzt“ werden. Wie etwa von der Linken gefordert, soll wohl lediglich eine Verbesserung der Armenbetreuung von 100 bis 200 Euro drin sein, die die LINKE allerdings über die Staatsausgabe „Soziales“ finanzieren will. Warum soll der Status der abhängig Beschäftigten eigentlich nicht gleich aufgehoben werden, damit die Produzierenden unmittelbar über die Früchte ihrer Arbeit verfügen können? Zu fragen wäre auch, warum die Politik die Wirtschaft von Steuerlasten, die das Wachstum behindern, befreit hat? Auf diese Fragen gibt die MMT keine Antwort. Stutzig machen könnte die aufmerksame Leser_innenschaft schon der Hinweis, dass die Politik „Geld“ in die Welt setzt, sie „leitet es in die Wirtschaft weiter“ und - oh Wunder! - „wir alle [können] es in unserem täglichen Leben verwenden“. Die Scheidung in Arbeiter_in und Nichtarbeiter_in, in Mieter_in und Vermieter_in, in Obrigkeit und Untergebene ist mit dem „Wir“ gedanklich gestrichen.

Als Nebeneffekt soll der Entzug des Geldes auch der „Demokratie“ nützen. So soll sich das Problem des millionenfachen

Wählens von Rechten und Populisten erledigen. Wenn in den USA der Staat Armutsaufstände befürchtet, wird die Nationalgarde eingesetzt. In der Krise zeigt sich dieser Staat neuerdings auch spendabel und macht mal 1.400 Dollar „Helikoptergeld“ locker, um über den Konsum der Massen das Geschäft des Einzelhandels zu fördern.

Beim Biber spielt Geld keine Rolle

So wirft die „vielleicht bekannteste“ Protagonistin der MMT, Stephanie Kelton, die drollige Frage auf: „Wo hatte der Biber das Geld her, um den Damm zu bauen?“ In ihrer Antwort streicht sie das Geld durch und lässt den Biber - wie in der Natur üblich - einfach einen „Damm“ bauen. Bemerkenswert: auch die denkende Spezies entwickelt Bedürfnisse, deswegen greift sie in die Natur ein und befriedigt diese durch produktive Tätigkeit. Doch da mangelt es an Substanziellem, denn das wäre eigentlich der verschmähte Sozialismus. Demzufolge bleibt dann auch die staatliche Inkraftsetzung einer Geldwirtschaft unantastbar. Nützliche Güter zu produzieren ist für die Volkswirtschaftslehre schließlich nur die halbe Wahrheit! Damit ist klargestellt, was als das ‚Selbstverständlichste‘ und ‚Natürlichste‘ in dieser Gesellschaft gilt: dass die Bedürfnisbefriedigung nur über das Dazwischentreten des Verkaufsaktes, also die Bezahlung eines Preises, zustande kommt.

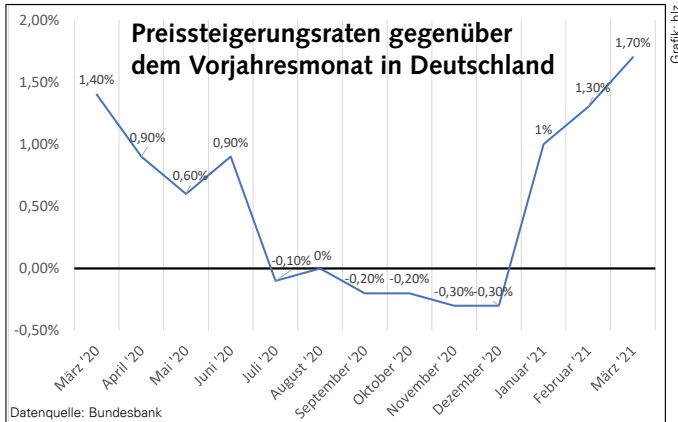
Die gegensätzlichen Wirkungen der Inflation

Auf die Erörterung der oft genannten „Inflationsangst“ der Anleger_innen soll an dieser Stelle verzichtet werden. Sie ist allerdings laut einem vehementen Vertreter der MMT, Heiner Flassbeck, dafür verantwortlich, die Anleger_innen „in Gold, Aktien, Bacon oder Immobili-

en zu treiben“ (s. Makroskop v. 10.3.21). Getrieben – die Bedauernswerten?! Der eigentliche Grund – und das ist auch der MMT bekannt – ist die Gewinnerwartung, die bei diesem „Geschäft“ höher ist als jene, die das Sparbuch garantiert. Es sind seit fünf Jahren 0 Prozent.

Obwohl auch Letzteres nicht mehr sicher ist, wo die Institute doch gerade wieder öffentlich über Negativzinsen auch für Kleinsparer nachdenken. Für den ‚Kleinen Mann‘ oder die ‚Kleine Frau‘ wirkt eine aus wirtschafts- und finanzpolitischer Sicht für gut erachtete Inflationsrate von ca. zwei Prozent bei einem gleichzeitigen Null an Zinsen geradezu desaströs, wie die folgende Rechnung zeigt: Eine_r der Vielen aus dem Niedriglohnsektor, wo Sparbeiträge nicht drin sind, erbt 20.000 Euro. Damit geht der Mensch zur Bank und eröffnet ein Sparbuch, um für den Lebensabend wegen zu erwartender geringer Rentenzahlungen etwas auf der Kante zu haben. Das Ergebnis nach 30 Jahren: Die Bank zahlt dem Menschen etliche tausend Euro weniger aus. „Sparer_innen [werden so] ihrer Guthaben beraubt“, wie es in der hlz richtig heißt, was also nicht nur in der Geschichte zu verorten ist.

„Ohne große empirische Studien betreiben zu müssen, stellen wir fest, dass es trotz der enormen, Schulden finanzierten staatlichen Ausgaben zurzeit zu keiner Inflation kommt“, heißt es in demselben Beitrag. Vermutlich parallel zur Formulierung des hier zitierten Satzes wurde im Januar d. J. ein Anstieg der Inflationsrate gegenüber dem Vormonat um 1,3 Prozent vermeldet, im März stieg sie gar auf 1,7 Prozent (siehe Grafik). Die Prognose für die kommenden Monate, dass die Inflationsrate „schnell über die Marke von zwei Prozent“ (businessinsider.de 9.3.21) steigen wird, ist also durchaus realistisch.



Die Daten werden nicht kumuliert, wie oft fälschlicher Weise angenommen wird, sondern dienen der Berechnung des Durchschnitts der Jahresinflationsrate

Nachbemerkung

Vor über 200 Jahren war es Hegel, der mit seiner Forderung an die Wissenschaft nach einer vernünftig abgebildeten „Wirklichkeit“ (Enzyklopädie I, §6, S.48) herantrat. Marx forderte später, dass der „konkrete Inhalt und seine wirkliche Bestimmung“ (MEW 1, 216) den Gegenstand abzubilden habe. Eine Wissenschaft, die die Wirklichkeit mit „Ideen [und] Ideale[n]“ konfrontiert, lehnten beide vehement ab. Verärgert spricht Hegel von „Chimären“ und „Hirngespinsten“, die „die Abtrennung der Wirklichkeit von der Idee“ darstellten, vom Erträumen dieser „Abstraktion“ zu etwas Wahrem hin. Eine politische Diskussion also, die so tut, „als ob die Welt“ nur darauf gewartet hätte, „wie sie sein“ solle, sie aber nicht ist.

Resümee

Die Frage „Kann uns die Modern Money Theory die postkapitalistische Postwachstumswirtschaft erklären?“ - und die hlz-Beiträge deuten auf eine positive Antwort - ist bei allem Wohlwollen zu verneinen.

Wollte frau/man den Anspruch, den Kapitalismus erklären zu wollen, einlösen, dann hätte eine fundierte Analyse viel mehr Substanz als ein „Gedan-

kenexperiment“, das letztendlich an die Moral der Politik appelliert. Marx hat das mit seiner „Kritik der Politischen Ökonomie“ geleistet. Danach dient das Privateigentum dem Ausschluss von gesellschaftlichem Reichtum, weil „die Arbeitsmittel und die äußeren Bedingungen der Arbeit Privatleuten gehören“. Dort wird die Partizipation am Reichtum gleichermaßen der Mehrheit der Mitglieder dieser Gesellschaft vorenthalten. Sein Ziel: das „gesellschaftliche, kollektive Eigentum“ mit „asoziierten Arbeit“, was gesellschaftlich planende und produzierende Mitglieder voraussetzt.

„Dagegen entspringen die Illusionen über die wunderwirkende Macht des Kredit- und Bankwesens, im sozialistischen Sinn, aus völliger Unkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise und des Kreditwesens als einer ihrer Formen“, so Marx. Auf die gegenwärtige Situation bezogen folgert der US-Ökonom Branko Milanovic, „dass das Virus auch gekommen ist, um uns zu lehren, dass die Hälfte aller selbstverständlichen Wahrheiten in politischer und ökonomischer Wissenschaft schlicht falsch sind“ (fr.de 1.1.21)

FRANK BERNHARDT,
im Ruhestand